



Presseschau vom 07.12.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zehnmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Krasnyj Jar, Logwinowo, Kalinowka und Krasnyj Liman**.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 46-mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **18 Ortschaften** der Republik mit Panzern, Mörsern verschiedenen Kalibers, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf **Dokutschajewsk** wurden folgende Häuser beschädigt:

Zentralnaja-Straße 82/2 – das Vordach eines Geschäfts ist beschädigt, das Dach auf 2 Quadratmetern von Splittern durchschlagen;

Zentralnaja-Straße 91, Wohnung 44 – eine Klimaanlage ist zerstört und die Verglasung eines Fensters;

Zentralnaja-Straße 91, Wohnung 45 – die Verglasung des Balkons und eines Fensters sind beschädigt;

Gwardejskaja-Straße 48 – die Wand des Hauses ist durch Splitter auf 2,5 Quadratmetern durchschlagen, der Abfluss auf 1 Quadratmeter;

Komsomolskaja-Straße 84, Wohnung 2 – die Wand des Hauses ist beschädigt;

Kujbyschew-Straße 13 – eine Gasleitung ist beschädigt.

de.sputniknews.com: „Trump ist Mixer“: Erdogan wird Jerusalem-Frage mit Putin erörtern. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan wird die Entscheidung seines US-Amtskollegen Donald Trump, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin erörtern.

„Wegen Trumps Erklärung zu Jerusalem führe ich weiterhin Telefonate nicht nur mit den Staatschefs der islamischen Länder, sondern auch mit dem Westen und dem Papst“, sagte Erdogan vor seinen Anhängern auf dem Flughafen von Ankara vor dem Abflug nach Griechenland. „Ich werde auch mit Herrn Putin darüber reden, weil dieses Thema nicht nur Muslime, sondern alle betrifft.“

Der türkische Präsident versteht die Entscheidung seines amerikanischen Amtskollegen nach eigenen Worten überhaupt nicht. Trump spiele die Rolle eines „Mixers, der die ganze Region aufpeitscht“.

Erdogan kritisierte Trump auch für seine Äußerung, dass er alles tun dürfe, was er für richtig hält, nur weil er stark sei. „Stark zu sein bedeutet nicht, dass du immer Recht hast“, so der türkische Präsident. „Derjenige ist eher stark, der richtige Handlungen begeht.“

Zum Schluss betonte Erdogan, dass die USA „die UN-Entscheidung zu Jerusalem von 1980 zertraten, die bisher noch keiner verletzte“.

US-Präsident Donald Trump hatte Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt. Seine Entscheidung verkündete er am Mittwoch im Weißen Haus. Er habe das State Department beauftragt, mit den Vorbereitungen für die Verlegung der amerikanischen Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu beginnen, fügte der Staatschef hinzu.

de.sputniknews.com: Pentagon: Deutlich mehr Soldaten in Syrien als bisher bekannt.

In Syrien halten sich zurzeit laut dem Pentagon-Sprecher Robert Manning deutlich mehr US-amerikanische Soldaten auf, als bislang öffentlich mitgeteilt wurde.

„Das US-Verteidigungsministerium verfügt über etwa 5.200 Militärs im Irak und über rund 2.000 in Syrien“, sagte Manning in Washington gegenüber Journalisten.

Zuvor hatte das Pentagon nur die Stationierung von lediglich 500 US-Soldaten in Syrien eingeräumt.

Die USA und die von ihnen angeführte internationale Anti-Terror-Koalition agieren seit 2014 in Syrien, jedoch ohne Zustimmung der legitimen Regierung in Damaskus.

Die US-angeführte Anti-Terror-Koalition wird dem US-Verteidigungsministerium zufolge ihren Einsatz in Syrien zur Unterstützung örtlicher Kräfte fortsetzen, um die Vernichtung der Terroristen zu Ende zu führen und die Situation zu stabilisieren.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31545/57/315455758.jpg>

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit, dass die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in den letzten 24 Stunden 46 betrug.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie des „Schulwaffenstillstands“ mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse, Anm. d. Übers.).

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 1408. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 802.

Nachmittags:

ukrinform.ua: Bildungsgesetz: Ungarn stellt der Ukraine ein Ultimatum bezüglich der Nato. Die Ukraine habe die Verpflichtungen gegenüber der Nato verletzt, indem sie das neue Bildungsgesetz verabschiedet habe, daher müsse sie das Gesetz aufheben, erklärte der ungarische Außenminister Peter Szijjarto in Brüssel bei einem Treffen der Außenminister der Nato-Länder, berichtet die Internetzeitung euointegration.com.ua unter Bezugnahme auf die Pressestelle des Außenministeriums von Ungarn.

„Indem die Ukraine die Rechte der Minderheiten ignoriert und das neue Bildungsgesetz verabschiedet hat, hat sie nicht nur die Verpflichtungen gegenüber der EU, sondern auch der Nato verletzt“, erklärte der Minister.

Er betonte erneut, Ungarn werde die Interessen der transkarpatischen Ungarn in einem geopolitischen Spiel nicht opfern. Die Ukraine sei selbst schuld an dieser Situation.

„Wenn es für die Ukraine wichtig ist, die Zusammenarbeit mit der Nato wiederherzustellen, sollte sie das Bildungsgesetz widerrufen. Und wenn es für sie genauso wichtig ist, den Dialog zwischen unseren Ländern wieder aufzunehmen, muss sie ihre internationalen Verpflichtungen erfüllen“, sagte Szijjarto.

„Wenn Kiew das Gesetz widerruft, wird Ungarn wieder am lautesten die europäischen und euro-atlantischen Bestrebungen der Ukraine unterstützen“, sagte er.

Wie berichtet wurde, hatten 11 Mitgliedstaaten der Nato, darunter auch Deutschland, dem Vorgehen Ungarns in Bezug auf die Blockierung der euro-atlantischen Initiativen der Ukraine wegen des Bildungsgesetzes nicht zugestimmt.

Vor ein paar Wochen hatte der Außenminister Ungarns Peter Szijarto erklärt, dass sein Land ein Veto gegen die Einberufung der Sitzungen der Kommission Ukraine-Nato im Dezember eingelegt hatte.

Dan-news.info: „Am 6. Dezember um 21:15 Uhr hat der Störungsdienst der Dokutschajewsker Abteilung des staatlichen Konzerns Donbassgas nach einem weiteren Beschuss erhebliche Schäden an einer Verteilungsgasleitung in der Kujbyschew-Straße festgestellt. Um 12 Uhr am 7. Dezember waren die Reparaturarbeiten am genannten Abschnitt abgeschlossen. Die Gasversorgung an die Verbraucher ist wieder aufgenommen“, teilte das staatliche Unternehmen Dobassgas mit.

de.sputniknews.com: Tschechien: Parteien-Vorstoß im Parlament zur Anerkennung der Krim als Teil Russlands

Gleich zwei tschechische Parteien treten für die Anerkennung der Wiedervereinigung der Krim mit Russland ein, schreibt die Zeitung „Iswestija“ am Donnerstag.

Die Initiative kommt von der Partei „Freiheit und direkte Demokratie“. Parteimitglied Jaroslav Holik, der unter anderem im Auswärtigen Parlamentsausschuss sitzt, sagte: „Ausgehend von meinen persönlichen Erfahrungen werde ich im tschechischen Parlament die Legitimität der Wiedervereinigung der Halbinsel mit Russland verteidigen. Es gab dort keine Okkupation, und die meisten Krim-Einwohner begrüßen den Beitritt zu Russland.“

„Wir wollen unseren Kollegen von den anderen Parteien von der wirklichen Situation auf der Krim erzählen und von ihnen Unterstützung bekommen. Dann könnten wir eine Abstimmung über die Frage der Anerkennung der Legitimität der Wiedervereinigung der Halbinsel mit Russland initiieren“, fuhr Holik fort.

„Mehr als das: Wir wollen mit einem gemeinsamen Appell an die neue Regierung auftreten. Außerdem werden wir den Besuch einer Krim-Delegation nach Prag organisieren, um über die Möglichkeiten zur politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kooperation zu verhandeln.“ Der Besuch soll nach seinen Worten Anfang des kommenden Jahres stattfinden. Beim Pressedienst der Kommunistischen Partei, die die Initiative der Kollegen im Parlament begrüßt, verwies man darauf, dass die Ereignisse auf der Krim durch den Staatsstreich in der Ukraine Anfang 2014 ausgelöst worden waren, wo nationalistische Kräfte an die Macht gekommen wären.

„Alles ist vor dem Hintergrund der Einmischung der USA passiert, die den Staatsstreich finanziert hatten. Und der antirussische Kurs nach dem Machtwechsel in der Ukraine muss nicht einmal extra erwähnt werden. Es ist durchaus logisch, dass die Einwohner der Krim, von denen die meisten ethnische Russen sind, in der instabilen und angespannten Situation (...) beschlossen haben, aktiv zu handeln. Die Wiedervereinigung der Halbinsel mit Russland ist eine entschiedene Sache – alles ist in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht passiert, als das Volk angesichts der unmittelbaren Gefahr auf sein Selbstbestimmungsrecht zurückgriff“, so ein Sprecher der Kommunistischen Partei.

Bei der jüngsten Parlamentswahl in Tschechien im Oktober hatte die Bewegung „ANO 2011“ mehr als ein Drittel der Stimmen erhalten. Ihr Vertreter Andrej Babiš wurde neuer Ministerpräsident. Jeweils elf Prozent bekamen die Piratenpartei und „Freiheit und direkte Demokratie“. Die Kommunisten wurden vierte Kraft mit etwa acht Prozent der Wählerstimmen.

„Die ungeklärte Frage des Status der Krim behindert die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland. Die Lösung dieses Problems ist eine Kommunikationsfrage. Hoffentlich werden die Barrieren zwischen den Staaten verschwinden und keine neuen entstehen. Bei den Ereignissen im März 2014 handelte es sich nicht nur um eine politische, sondern auch um eine juristische Frage“, sagte ANO-Sprecher Stanislav Berkovec. „In letzter Zeit wird immer

öfter die Meinung zum Ausdruck gebracht, dass der Beitritt der Krim zu Russland in Übereinstimmung mit den Völkerrechtsnormen erfolgt sei.“

ANO-Chef Babiš hatte wiederholt auf die Zwecklosigkeit der antirussischen Sanktionen verwiesen, die weder zur „Rückkehr“ der Krim in die Ukraine geführt noch das Donbass-Problem gelöst haben. Der tschechische Präsident Miloš Zeman rief Kiew auf, die Versuche zur Rückeroberung der Halbinsel einzustellen, und schlug vor, die Krim-Frage durch eine Entschädigung für die Ukraine zu regeln.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31859/54/318595417.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR ist stabil angespannt, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **zehnmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von **Logwinowo, Kalinowo, Kalinowka, Krasnyj Liman und Krasnyj Jar**. Zum Beschuss haben die ukrainischen Streitkräfte 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen eingesetzt.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 230 Geschosse abgefeuert.

Heute hat die **OSZE in ihrem täglichen Bericht** die Information veröffentlicht, dass die Mission in der Nacht vom 4. auf den 5. Dezember in **Stachanow** im Abstand von 6-9 km von ihrem Aufenthaltsort **100 Detonationen**, die aufeinander folgten und die sie als Schüsse mit **Mehrfachraketenwerfern „Grad“** bewertet, „festgestellt“ hat.

Ich will offiziell erklären, dass diese Information nichts mit der Wirklichkeit gemein hat.

Dieser Fakt wird auch durch die Daten des Stabs der „ATO“ für den angegebenen Tag bestätigt, an dem kein Beschuss des von der Ukraine kontrollierten Territoriums unter Anwendung von Mehrfachraketenwerfern festgestellt wurde.

Nach diesem Vorfall rufen die Prinzipien der Arbeit der OSZE-Mission auf dem Territorium der LVR bei der Volksmiliz Besorgnis hervor.

Einheiten der ukrainischen Streitkräfte verwenden weiter die Taktik, ihre Feuerpositionen in Wohngebieten zu stationieren, um unsere Einheiten zu beschießen.

So wurde bekannt, dass im Gebiet von Popasnaja Einheiten der 10. Gebirgsturmbriade aus dem privaten Sektor heraus schießen, was bei der örtlichen Bevölkerung Empörung hervorruft. Die Einwohner von Popasnaja bereiten einen kollektiven Aufruf an den Kommandeur der „ATO“ General Sabrodkij mit der Bitte vor, die genannte Einheit aus der Ortschaft abzuführen, um Opfer unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden.

de.sputniknews.com: „Großer Krieg gegen Sotschi“: Damaskus zu Verschiebung des Syrien-Kongresses

Der Syrische Kongress des Nationalen Dialogs in der südrussischen Stadt Sotschi ist wegen des Vorgehens der USA, Saudi-Arabiens und der Türkei verschoben worden. Dies teilt der syrische Minister für nationale Aussöhnung, Ali Haidar, am Donnerstag mit.

Haidar zufolge haben diese Länder trotz ihrer positiven Einstellung gegenüber dem Treffen unmögliche Bedingungen für einige Teilnehmer aufgestellt und somit eine „negative Rolle“ gespielt.

„Es hat ein großer Krieg gegen Sotschi begonnen“, sagte er.

Wie der Minister ferner ausführte, wollten Syriens Feinde den Friedensprozess auf den „verminten“ Genf-Weg führen.

Der Syrische Kongress des Nationalen Dialogs hätte am 18. November in Sotschi stattfinden sollen, wurde jedoch auf 2018 verschoben.

Zum Kongress wurden Vertreter aller ethnischen und konfessionellen Gruppen Syriens, des offiziellen Damaskus sowie der Opposition eingeladen.

Im Oktober hatte Russlands Präsident Wladimir Putin die Einberufung des Kongresses des Nationalen Dialogs vorgeschlagen.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

Die Lage im Verantwortungsbereich der Streitkräfte der DVR bleibt angespannt.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner auf die Gebiete von **12 Ortschaften** sechs Panzergeschosse sowie 166 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm abgefeuert, außerdem hat der Gegner mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte auf die Gebiete von **vier Ortschaften** 106 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm abgeschossen.

In **Richtung Gorlowka** hat der Gegner auf die Gebiete von **zwei Ortschaften** 13 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert sowie mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **46 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In Folge eines Beschusses von Dokutschajewsk von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus wurden sechs Häuser und eine Gasleitung in der Kujbyschew-Straße 13 beschädigt. Diese Schäden und Zeugenaussagen wurden von den Ermittlungsorganen der Republik und Vertretern der gesellschaftlichen Kommission festgehalten. All diese Materialien werden als Beweise für Kriegsverbrechen der ukrainischen Regierung im Donbass unter anderem auch in internationalen Gerichtshöfen verwendet werden.

Wie dies in der Ukraine üblich ist, verstärken die ukrainischen Terroristen an Feiertagen das Feuer auf das Territorium der DVR.

Der gestrige Tag der ukrainischen Streitkräfte war keine Ausnahme, zu seinen Ehren haben diese Unmenschen insgesamt 311 Mörsergeschosse der Kaliber 120mm und 82mm auf unsere Ortschaften abgefeuert.

Dabei muss angemerkt werden, dass die Befehle zur Eröffnung von Artilleriefire die Kommandeure der Brigaden, in deren Verantwortungsbereichen sich die Ortschaften befinden, persönlichen erteilen, aber Mörserfeuer wird gewöhnlich auf Entscheidung der Bataillonskommandeure und auch der Kommandeure von Kompanien der ukrainischen Streitkräfte eröffnet.

Auf der Grundlage des oben Gesagten und auch gemäß den von unserer Aufklärung

erhaltenen Informationen wurde bekannt, dass das Gebiet von Shabitschewo von den Positionen des 3. Panzergrenadierkompanie des 34. Bataillons der 57. Brigade aus mit Mörsern beschossen wurde.

Der Beschuss begann um 14:00 Uhr und dauerte bis Mitternacht. Den Befehl zur Verwendung von Mörsern erteilte der Kommandeur der 3. Kompanie des 34. Bataillons der 57. Brigade O. W. Smeul persönlich. Nach uns vorliegenden Informationen war er zu dieser Zeit bereits betrunken.

Um 20 Uhr ist der Kommandeur des 34. Bataillons S. M. Schpanko auf den Positionen der Kompanie eingetroffen, um dem ihm unterstellten Personal zu gratulieren. Mit der Ankunft des Bataillonskommandeurs wurde der Beschuss noch verstärkt. Dabei haben diese Personen in den Pausen während des Saufgelages persönlich die Feuerleitung für die Mörser der Einheiten, die Shabitschewo beschossen haben, durchgeführt, worüber uns ihre Untergebenen informiert haben.

Wir stellen weiter eine **Vorbereitung der ukrainischen Streitkräfte zu Kämpfen gegen unsere Republik** fest.

Insbesondere wurde von uns die Ankunft von zusätzlichen Einheiten der Luftaufklärung im Verantwortungsbereich jeder der Brigaden der ukrainischen Streitkräfte festgestellt. Dies erklärt die **Zunahme der Fälle des Einsatzes von Drohnen an der gesamten Kontaktlinie**. Ein Teil dieser Drohnen wird vom Gegner für die Leitung des Artillerie- und Mörserfeuers verwendet.

Wir stellen weiter eine **Verschlechterung der Situation in Gladosowo und Metallist (Trawnwoje)** fest. Da der Gegner weiß, dass er die Ortschaften in der nächsten Zeit wegen der massenhaften Verluste seiner Soldaten und der Besetzung einer taktisch ungünstigen Lage verlassen wird, repariert er die Stromleitungen nicht, die in die Ortschaft führen. Und nur zeitweise, zur Gewährleistung der Besatzungsaktivitäten ihrer Einheiten, wurde ein Dieselmotor eingeschaltet. Nach Informationen von Einwohnern der besetzten Ortschaften wurde **Strom nur an die Häuser geliefert, in denen ukrainische Soldaten wohnen**.

Dabei wurde gestern von unserer Republik die Ausgabe von humanitärer Hilfe unter anderem an die Einwohner, die in Gladosowo und Metallist (Trawnwoje) leben, organisiert. Aber die ukrainischen Truppen haben die Einwohner der Ortschaften nicht herausgelassen, willkürlich wurde einzelnen Menschen erlaubt, Kohle mit Hilfe von Pappkartons in der Hand herüberzubringen.

Allen ist bekannt, warum die ukrainische Propaganda auf unsere Bürger und die Soldaten der Republik keinen Einfluss hat. Hauptursache ist, dass sie nichts mit der Wirklichkeit gemein hat. Wir müssen ihr nicht einmal widersprechen, wenn sie bemerkt wird. Unsere Bürger lachen über sie, sobald sie von den ukrainischen Massenmedien verbreitet wird. Mehr noch, es entsteht der Eindruck, dass in der Ukraine eine eigene virtuelle Realität geschaffen wird und sie dann selbst an sie glauben. Zwischen uns verstärkt sich nur der Riss beim Verständnis der Situation.

Dabei wird ein solches Unverständnis der Situation in den ukrainischen Massenmedien dadurch hervorgerufen, dass die Armee der Ukraine in gescheiterten Aktionen und Niederlagen versunken ist und nur durch offene Lüge all das Negative um sich herum verwischen kann. Man kann feststellen, dass es in der Aufklärung der ukrainischen Streitkräfte keinen kompetenten Menschen mehr gibt und auch zuverlässige Informationskanäle fehlen. Aus diesem Grund muss sich jeder Burba (Leiter der Hauptabteilung Aufklärung des Verteidigungsministeriums der Ukraine), Tymtschuk (Abgeordneter der Obersten Rada, Phantast) und alle anderen bei ihnen Fakes ausdenken. Dabei sind es wegen der fehlenden Phantasie absolut minderwertige. Dasselbe kann man über den Sicherheitsdienst der Ukraine sagen, der in seinen terroristischen Kampfmethoden versunken ist und sich in der Situation nicht orientiert.

All dies zeugt von einem, die Ukraine und ihre militärischen Strukturen werden von außen

gelenkt – ausländische Instrukteure, NATO-Berater, die von einem Verständnis der Situation weit entfernt sind. Mit solchen Unterstützern bewegt sich die Ukraine zieltrebig in den Abgrund!

Und zum Abschluss, unsere Aufklärung hat Informationen über die **Absicht des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte** erhalten, ein weiteres Mal von internationalen Konventionen verbotene Waffen – **Phosphor-Bomben** – **gegen die Bevölkerung des Donbass einzusetzen**, um anschließend die Streitkräfte der DVR zu beschuldigen.

Hauptfehler der ukrainischen Kriegsverbrecher ist es, dass sie nicht berücksichtigt haben, dass solche Munition **nur im Waffenbestand der NATO-Länder und ihrer Satelliten** zu finden ist. Genau diese ausländische freundschaftliche Hilfe an die Ukraine schon seit 2014 hat dazu geführt, dass die ukrainische Seite über solch schreckliche Waffen verfügt, die sie nicht nur einmal im Donbass verwendet hat. So stellt jede Verwendung dieser verbotenen Mittel sofort die Länder des Westens bloß.

Wir zählen auf die letzten Reste von Vernunft in den Köpfen der Personen, die den Krieg anstreben. Haltet an, denkt nach! Und die ukrainischen Soldaten rufen wir auf, die verbrecherischen Befehle ihres Kommandos nicht auszuführen!

de.sputniknews.com: MH17-Tragödie: Ex-Major aus Ukraine weiß, wer schuld ist.

Laut dem ehemaligen Major der ukrainischen Streitkräfte, Juri Baturin, ist die malaysische Boeing 777/Flug MH17, die im Juli 2014 im Gebiet Donezk abgestürzt war, von dem damals von Kiew kontrollierten Territorium des Dorfes Saroschtschenskoje aus abgeschossen worden. Das geht aus einem Interview Baturins für den TV-Sender Swesda hervor.

Baturin, der zum Zeitpunkt der Flugzeugkatastrophe den Befehlsstand des Truppenteils A-1215 der Fla-Raketentruppen bei Charkow geleitet hatte, will die Boeing am Unglückstag auf Radarbildschirmen gesehen haben.

Man habe alle Flugzeuge beobachtet, die über dem Kampfgebiet geflogen seien, so Baturin. Das Verschwinden der Boeing sei bemerkt worden, als die entsprechende Kennungsmarke plötzlich vom Bildschirm verschwunden sei, so Baturin.

Wenige Tage nach dem Boeing-Absturz sei eine Militärkolonne, die Kampftechnik des 156. Fla-Raketenregiments ins Dorf Saroschtschenskoje verlegte, im Befehlsstand bei Charkow eingetroffen. Unter den Waffen habe sich ein Fla-Raketenkomplex Buk befunden.

Durch die Zusammenstellung der Fakten ist der Ex-Major nach eigenen Worten zu dem Schluss gelangt, dass die auf dem Radarbildschirm angezeigte Boeing „im Wirkungsbereich einer gelenkten Rakete des Fla-Raketenkomplexes Buk verschwunden war, zu dem auch der Punkt ‚Dorf Saroschtschenskoje‘ gehörte“.

„Eben damals wurde alles klar“, sagte der Ex-Major. Die Medien in aller Welt hätten faktisch gleichzeitig und mit gleichen Worten an die große Glocke gehängt, dass Russland ein Verkehrsflugzeug abgeschossen habe, ergänzte er.

Baturin, der gegenwärtig in Russland lebt, betonte, er trage die volle Verantwortung für jedes seiner Worte.

Inzwischen hat der Konzern Almas-Antej, der Hersteller von Fla-Raketenkomplexen Buk, nach drei Experimenten die Version bestätigt, laut der die besagte Buk-Rakete vom Ort Saroschtschenskoje abgefeuert worden war.

Am 17. Juli 2014 befanden sich 298 Menschen an Bord der Boeing 777 auf dem Flug MH17 von Amsterdam nach Kuala Lumpur. Alle Passagiere und die Bord-Crew kamen beim Absturz über dem ukrainischen Gebiet Donezk ums Leben. Kiew beschuldigte die Donezker Volkswehr, für die Tragödie verantwortlich zu sein. Diese beteuerte jedoch, über keine Waffen zu verfügen, die ein Flugzeug in einer solchen Höhe abschießen könnten.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30331/96/303319619.jpg>

de.sputniknews.com: Staatsauftrag zum Töten: Südkorea stellt Gelder für Ermordung von Kim Jong-un bereit.

Südkoreas Regierung hat am Mittwoch Ausgaben für die Tötung des nordkoreanischen Staatschefs Kim Jong-un in den Verteidigungsetat 2018 aufgenommen, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Donnerstag.

Die Finanzmittel in Höhe von umgerechnet 310.000 US-Dollar sollen in die Ausbildung und Ausstattung einer Spezialeinheit zur „Enthauptung“ der nordkoreanischen Führung fließen, die aus etwa 1000 Kämpfern bestehen soll. Deren Bildung war am 1. Dezember angekündigt worden. ...

„Das Geld wird für den Ankauf von Ausrüstung der Truppen für Sonderoperationen ausgegeben“, berichtete eine Quelle aus dem Verteidigungsministerium Südkoreas der Zeitung „Korea Herald“. „Es werden unter anderem Selbstmörder-Drohnen, Aufklärungsdrohnen und schwere Granatwerfer gekauft.“

Im kommenden Jahr sollen die Ausgaben für diese Einheiten erhöht werden. Insgesamt sollen für sie in der nächsten Zeit 24 Millionen US-Dollar ausgegeben werden.

Die Struktur der Einheit und die Trainingspläne werden geheim gehalten. Nach südkoreanischen Medienangaben wird die Einheit nach der Methodik der US-Spezialeinheit SEAL Team Six trainiert werden, die einst Osama bin Laden tötete.

Das südkoreanische Verteidigungsministerium arbeitet derzeit an der Entwicklung supermoderner Waffen für diese Einheit. So soll der US-Verkehrshubschrauber Ch-47 Chinook modernisiert werden, um unbemerkt auf das Territorium Nordkoreas eindringen zu können. Die Modernisierung soll bis Ende 2018 abgeschlossen werden.

„Im Unterschied zu den USA hat Südkorea nicht ausreichend fortgeschrittene, niedrig fliegende Verkehrsmaschinen zum Eindringen“, sagte der Militärexperte Lee Il-woo von Korea Defence Network. „Auch wenn unsere Sondertruppen Pjöngjang erreichen, werden sie dort wohl durch Massenbeschuss und die Artillerie Nordkoreas vernichtet“, so der Experte. Laut dem russischen Fernostexperten Wassili Kaschin ist die Effizienz einer solchen Einheit im Prinzip nicht hoch: „Solche US-Einheiten hatten es beispielsweise nicht geschafft, Saddam Hussein zu Beginn des Irak-Kriegs zu eliminieren.“ In der modernen Geschichte gebe es keine Beispiele für die Tötung eines Staatschefs durch solche Einheiten vor einer völligen Zerschlagung der gegnerischen Armee. Eine offene Bekanntgabe der Schaffung einer solchen Einheit könnte mit finanziellen Aspekten verbunden sein – für die Ausstattung einer Spezialeinheit mit einer solch schweren Aufgabe kann man uneingeschränkt viel Geld fordern.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31860/22/318602220.jpg>

Dan-news.info: Das staatliche Unternehmen „Donezker elektrotechnische Fabrik“ (DETF) hat mit der Realisierung eines Projekts zur Produktion technisch verbesserter Straßenbahnen begonnen. Dies teilte heute der Pressedienst des Ministeriums für Industrie und Handel der DVR mit.

„Wir beginnen Straßenbahnen von Null an zu produzieren, sie werden modernisiert sein im Vergleich zu früher. Die Realisierung des Projekts hat schon begonnen. Im nächsten Jahr werden wir die ersten Straßenbahnen produzieren“, teilte das Ministerium mit.

Das Projekt ist langfristig, es wird in mehreren Etappen realisiert. Nach Mitteilung des Ministeriums war heute der Minister Alexej Granowskij zu einem Arbeitsbesuch in der Fabrik.

„Die Produktion eigener Straßenbahnen wird es erlauben, nicht nur die Einwohner der Republik mit neuen Transportmitteln zu versorgen, sondern auch günstige Bedingungen für die Erhöhung der Effektivität der Produktion insgesamt zu schaffen“, sagte Granowskij laut dem Pressedienst.

Derzeit haben die Mitarbeiter mit der Untersuchung aller Komponenten der alten Art von Straßenbahnen, der Ausarbeitung der Konstruktionsdokumentation und der technischen Ausstattung begonnen. Danach wird ein Kostenplan erstellt und die Ausgaben für das Projekt kalkuliert.

Ukrinform.ua: Tillerson: Keine Aufhebung von Russland-Sanktionen bis Abzug russischer Truppen.

Die USA bleiben bei ihrer harten Linie wollen ihre Sanktionen gegen Russland nur dann aufheben, wenn Moskau seine Truppen aus der Ukraine abzieht.

Das erklärte der US-Außenminister, Rex Tillerson, beim Treffen der Außenminister der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien, berichtet Reuters. Die USA unterstützen auch die gemeinsam mit der EU verhängten Sanktionen, die bis zum Abzug der russischen Truppen aus dem Donbass und zur Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk bestehen bleiben. In Bezug auf die Steigerung der Zahl der Waffenstillstandsverletzungen in der Ostukraine sagte Tillerson, man müsse verstehen, wo die Quelle dieser Gewalt sei. „Russland bewaffnet, leitet, trainiert die Anti-Regierungskräfte und kämpft mit ihnen. „Wir rufen Russland und die von ihm kontrollierten Kräfte auf, ihre feindlichen Akte, Einschüchterungen und Angriffe auf die Sonderbeobachtermission der OSZE zu stoppen“, so der Außenminister.

Dan-news.info: „Heute um 14:30 Uhr hat der Feind mit dem Beschuss der Ortschaften **Spartak, Jakowlewka und des Gebiets des Volvo-Zentrums von Donezk** begonnen und dabei verbotene Waffen verwendet“, teilte das operative Kommando der DVR mit. Insgesamt wurden von den Positionen der ukrainischen Kämpfer 17 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert, außerdem wurden Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschosse, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Ukrinform.ua: Tillerson und Klimkin sprechen über Blauhelm-Einsatz in Ostukraine. Die Außenminister der Ukraine und USA, Pawlo Klimkin und Rex Tillerson, haben sich in Wien zu Gesprächen getroffen.

Wie Klimkin auf Twitter mitteilte, hätten die beiden „alles“ besprochen, „von der gemeinsamen Arbeit an einer Friedensmission im besetzten Donbass bis zur Energiesicherheit und der Unterstützung eines effektiven und unabhängigen Antikorruptionssystems in der Ukraine durch die USA.“

Beide Minister nehmen am Ministertreffen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien teil.



https://static.ukrinform.com/photos/2017_12/thumb_files/630_360_1512652396-6131.jpg

Dan-news.info: „Im Zeitraum von Januar bis Oktober 2017 betrug der Stand der Zahlung für kommunale Dienste durch die Bevölkerung und die Unternehmen in der DVR 89,3 Prozent“, teilte das Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft mit.

Nach Angaben der Behörde betrug der Stand bei der Heizungsversorgung 97,8%, bei der Müllabfuhr 90,1, beim Erhalt des Wohnfonds und der anliegenden Territorien 85,8, bei der Wasserversorgung 74,4 Prozent.

Dan-news.info: „Die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte haben seit 16:45 Uhr das Feuer mit Schützenpanzern auf **Dokutschajewsk** eröffnet. Inzwischen erlitt ein ziviler Einwohner, geb. 1982, eine Verletzung“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Abends:

Dan-news.info: „In Folge des Beschusses von **Dokutschajewsk** durch die ukrainischen Streitkräfte wurden drei Häuser und das Geschäft „Lukoschko“ beschädigt“, teilte der Leiter der Vertreter der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.